

Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen und Vermögensteuern samt Protokoll (Island), Fassung vom 22.02.2024

Langtitel

Abkommen zwischen der Republik Österreich und Island zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll

StF: BGBl. III Nr. 25/2017 (NR: GP XXV RV 1252 AB 1399 S. 158. BR: AB 9694 S. 863.)

Sonstige Textteile

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

Ratifikationstext

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens wurden am 25. Oktober bzw. 28. Dezember 2016 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 mit 1. März 2017 in Kraft.

Präambel/Promulgationsklausel

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH und ISLAND,

vom Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes VEREINBART:

Text

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere:

a) In Island:

- i) die staatliche Einkommensteuer (tekjuskattar ríkissjóðs);
- ii) die staatliche Vermögensteuer (eignarskattar ríkissjóðs); und
- iii) die Gemeindeeinkommensteuer (útsvar til sveitarfélaganna),

- b) In Österreich:
- i) die Einkommensteuer;
 - ii) die Körperschaftsteuer.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:
- a) bedeutet der Ausdruck „Island“ Island und, im geographischem Sinn verwendet, das Hoheitsgebiet Islands, einschließlich seiner Hoheitsgewässer und aller Gebiete, die außerhalb der Hoheitsgewässer liegen und in denen Island in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht seine Hoheitsbefugnisse oder souveränen Rechte hinsichtlich des Meeresgrundes, des Meeresuntergrundes, der darüber befindlichen Gewässer und deren natürlichen Reichtümer ausüben darf;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ das Hoheitsgebiet der Republik Österreich;
 - c) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - e) bezieht sich der Ausdruck „Unternehmen“ auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
 - f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“:
 - i) in Bezug auf Island den Minister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in Bezug auf Österreich den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - i) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“:
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
 - j) schließt der Ausdruck „Geschäftstätigkeit“ auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen

unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Seeschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die

Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigter der Lizenzgebühren eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigter im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob der Schuldner in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebstätte eingegangen worden und trägt die Betriebstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(5) Wird eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig war, im anderen Vertragsstaat ansässig, darf der erstgenannte Staat entsprechend seiner innerstaatlichen Gesetze und ungeachtet des Absatzes 4 Gewinne aus der Veräußerung von Aktien beziehungsweise Rechten an einer Gesellschaft besteuern, insoweit die Gewinne zum Zeitpunkt der Ansässigkeitsverlagerung entstanden sind, wenn diese Aktien beziehungsweise Rechte veräußert werden oder die Person Tatbestände verwirklicht, die zum Verlust des Besteuerungsrechts des erstgenannten Staates führen. Falls der erstgenannte Staat die Veräußerungsgewinne entsprechend dem vorhergehenden Satz besteuert, erkennt der andere Staat – bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns – den vom erstgenannten Staat ermittelten Verkaufspreis als Anschaffungskosten an.

Artikel 14

EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17 und 18 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 15

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer von der im anderen State zuständigen Behörde als gemeinnützig anerkannten Einrichtung unterstützt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 17

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 18

ÖFFENTLICHER DIENST

(1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und auf Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

Artikel 19

STUDENTEN

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 20

ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

Artikel 21

VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung

(1) In Bezug auf Island wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

a) Bezieht eine in Island ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Island:

- i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
- ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte oder das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

b) Einkünfte oder Vermögen einer in Island ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Island auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Island bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In Bezug auf eine in Österreich ansässige Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Island besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und c diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.

b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10 und 12 in Island besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu

- erhebende Steuer den Betrag an, der der in Island gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Island bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.
- d) Lit. a gilt nicht für Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, wenn Island dieses Abkommen so anwendet, dass Island diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung ausnimmt oder Absatz 2 des Artikels 10 oder des Artikels 12 auf diese Einkünfte anwendet.

Artikel 23

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 24

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 25

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden, oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Artikel 26

AMTSHILFE BEI DER VOLLSTRECKUNG VON STEUERN

(1) Die Vertragsstaaten leisten sich gegenseitige Amtshilfe bei der Vollstreckung von Abgabenansprüchen. Diese Amtshilfe ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen regeln, wie dieser Artikel durchzuführen ist.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Abgabenanspruch“ bedeutet einen Betrag, der auf Grund der unter das Abkommen fallenden Steuern, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, geschuldet wird, soweit die Besteuerung diesem Abkommen oder anderen völkerrechtlichen Übereinkünften, denen die Vertragsstaaten beigetreten sind, nicht widerspricht, sowie mit diesem Betrag zusammenhängende Zinsen, verwaltungsbehördliche Geldstrafen und Kosten der Vollstreckung oder Sicherung.

(3) Ist der Abgabenanspruch eines Vertragsstaats nach Recht dieses Staats endgültig fällig und vollstreckbar, wird der Abgabenanspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates für die Zwecke der Vollstreckung von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der Abgabenanspruch wird vom anderen Staat nach dessen Rechtsvorschriften über die Einbringung und Vollstreckung seiner eigenen Steuer vollstreckt, als handelte es sich bei dem Abgabenanspruch um einen Abgabenanspruch des anderen Staates.

(4) Handelt es sich bei dem Abgabenanspruch eines Vertragsstaats um einen Anspruch, bei dem dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Vollstreckung einleiten kann, wird dieser Abgabenanspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates zum Zwecke der Einleitung von Sicherungsmaßnahmen von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der andere Staat leitet nach seinen Rechtsvorschriften Sicherungsmaßnahmen in Bezug auf diesen Abgabenanspruch ein, als wäre der Abgabenanspruch ein Abgabenanspruch dieses anderen Staates, selbst wenn der Abgabenanspruch im Zeitpunkt der Einleitung dieser Maßnahmen im erstgenannten Staat nicht endgültig fällig oder vollstreckbar ist.

(5) Ungeachtet der Absätze 3 und 4 unterliegt ein von einem Vertragsstaat für Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannter Abgabenanspruch als solcher in diesem Staat nicht den Verjährungsfristen oder den Vorschriften über die vorrangige Behandlung eines Abgabenanspruchs nach dem Recht dieses Staates. Ferner hat ein Abgabenanspruch, der von einem Vertragsstaat für Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannt wurde, in diesem Staat nicht den Vorrang, den dieser Abgabenanspruch nach dem Recht des anderen Vertragsstaats hat.

(6) Die zuständigen Behörden können sich darauf einigen, in Fällen, in denen im ersuchenden Staat Abgabenansprüche auf eine den allgemein anerkannten verfahrensrechtlichen Bestimmungen widersprechende Weise festgesetzt worden sind, keine Amtshilfe zu leisten. Diese Frage kann Gegenstand eines Verständigungsverfahrens zwischen den beiden zuständigen Behörden werden.

(7) Verfahren im Zusammenhang mit dem Bestehen, der Gültigkeit oder der Höhe des Abgabenanspruchs eines Vertragsstaats können nicht bei den Gerichten oder Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaats eingeleitet werden. Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als ob deshalb Ansprüche auf Verfahren bei den Gerichten oder Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaats entstünden oder bestünden.

(8) Verliert der betreffende Abgabenanspruch, nachdem das Ersuchen eines Vertragsstaats nach den Absätzen 3 oder 4 gestellt wurde und bevor der andere Vertragsstaat den betreffenden Abgabenanspruch vollstreckt und an den erstgenannten Staat ausgezahlt hat,

- a) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 3 seine Eigenschaft als Abgabenanspruch des erstgenannten Staates, der nach dem Recht dieses Staates endgültig fällig und vollstreckbar ist, oder
- b) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 4 seine Eigenschaft als Abgabenanspruch des erstgenannten Staates, für den dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Vollstreckung einleiten kann,

teilt die zuständige Behörde des erstgenannten Staates dies der zuständigen Behörde des anderen Staates unverzüglich mit und nach Wahl des anderen Staates setzt der erstgenannte Staat das Ersuchen entweder aus oder nimmt es zurück.

(9) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Maßnahmen durchzuführen, die dem Ordre public widersprechen;

- c) Amtshilfe zu leisten, wenn der andere Vertragsstaat nicht alle angemessenen Maßnahmen zur Vollstreckung oder Sicherung, die nach seinen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis möglich sind, ausgeschöpft hat;
- d) Amtshilfe in Fällen zu leisten, in denen der Verwaltungsaufwand für diesen Staat in einem eindeutigen Missverhältnis zu dem Nutzen steht, den der andere Vertragsstaat dadurch erlangt.

Artikel 27

DIPLOMATEN UND KONSULARBEAMTE

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

INKRAFTTRETEN

(1) Die Vertragsstaaten benachrichtigen einander, wenn die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Zeitpunkt unmittelbar folgt, in dem die spätere der Mitteilungen erfolgt, und seine Bestimmungen finden in beiden Vertragsstaaten Anwendung:

- a) in Bezug auf die an der Quelle einbehaltenen Steuern für Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das jenem unmittelbar folgt, in dem die spätere Mitteilung erfolgt;
- b) in Bezug auf andere Steuern vom Einkommen und Steuern vom Vermögen, für Steuern, die für Steuerjahre erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem die spätere Mitteilung erfolgt.

Artikel 29

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

Geschehen zu Wien, am 30. Juni 2016, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, isländischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen Island und der Republik Österreich abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

1. Zu Artikel 16 Absatz 3

Es besteht Einvernehmen, dass Absatz 3 auch für die Trägerkörperschaften von Orchestern, Theatern, Balletten sowie für die Mitglieder solcher Kulturträger gilt, wenn diese Trägerkörperschaften auf Dauer im Wesentlichen ohne Gewinnerzielung tätig sind und dies durch die zuständige Behörde im Ansässigkeitsstaat bestätigt wird.

2. Zu Artikel 25

- 2.1 Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
 - b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
 - c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
 - d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
 - e) soweit bekannt, den Namen und die Anschrift von Personen, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
 - f) eine Erklärung, dass das Ersuchen mit den Rechts- und Verwaltungspraktiken des ersuchenden Staates vereinbar ist und dass die zuständige Behörde des ersuchenden Staates diese gewünschten Informationen, wenn sie sich im Gebiet des ersuchenden Staates befänden, im Einklang mit den Rechtsvorschriften des ersuchenden Staates oder im Wege der normalen Verwaltungsverfahren einholen könnte, und dass das Ersuchen mit diesem Abkommen vereinbar ist;
 - g) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.
- 2.2 Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 25 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen (“fishing expeditions”).
- 2.3 Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 25 Absatz 5 nicht dazu verpflichtet, Informationen im Sinne dieses Absatzes auf spontaner oder automatischer Basis auszutauschen.
- 2.4 Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 25 neben den oben angeführten Grundsätzen auch die aus den Kommentaren der OECD abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

3. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich der nachstehenden Punkte:

- a) alle Vorbehalte oder Bemerkungen der beiden Vertragsstaaten zum OECD-Muster oder dessen Kommentar;
- b) alle gegenteiligen Auslegungen in diesem Protokoll;
- c) alle gegenteiligen Auslegungen, die einer der beiden Vertragsstaaten in einer veröffentlichten Erklärung vornimmt, die der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats vor Inkrafttreten des Abkommens übermittelt worden ist;
- d) alle gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach Inkrafttreten des Abkommens geeinigt haben.

Der OECD-Kommentar – der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann – stellt eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge¹ vom 23. Mai 1969 dar.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten dieses Protokoll unterzeichnet.

Geschehen zu Wien, am 30. Juni 2016, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, isländischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

¹ Kundgemacht in BGBl. Nr. 40/1980.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2017

Ausgegeben am 14. Februar 2017

Teil III

25. Abkommen zwischen der Republik Österreich und Island zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll
(NR: GP XXV RV 1252 AB 1399 S. 158. BR: AB 9694 S. 863.)

25.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

Abkommen zwischen der Republik Österreich und Island zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll

[Abkommenstext in deutscher Sprache siehe Anlagen]

[Abkommenstext in englischer Sprache siehe Anlagen]

[Abkommenstext in isländischer Sprache siehe Anlagen]

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens wurden am 25. Oktober bzw. 28. Dezember 2016 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 mit 1. März 2017 in Kraft.

Kern

ABKOMMEN ZWISCHEN
DER REPUBLIK ÖSTERREICH
UND
ISLAND

ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG
UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG
AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH und ISLAND,

vom Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes VEREINBART:

Artikel 1 UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2 UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere:

a) In Island:

- i) die staatliche Einkommensteuer (tekjuskattar ríkissjóðs);
- ii) die staatliche Vermögensteuer (eignarskattar ríkissjóðs); und
- iii) die Gemeindeeinkommensteuer (útsvar til sveitarfélaganna),

b) In Österreich:

- i) die Einkommensteuer;
- ii) die Körperschaftsteuer.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

Artikel 3 ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

- a) bedeutet der Ausdruck „Island“ Island und, im geographischem Sinn verwendet, das Hoheitsgebiet Islands, einschließlich seiner Hoheitsgewässer und aller Gebiete, die außerhalb der Hoheitsgewässer liegen und in denen Island in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht seine Hoheitsbefugnisse oder souveränen Rechte hinsichtlich des Meeresgrundes, des Meeresuntergrundes, der darüber befindlichen Gewässer und deren natürlichen Reichtümer ausüben darf;

- b) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ das Hoheitsgebiet der Republik Österreich;
- c) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- e) bezieht sich der Ausdruck „Unternehmen“ auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“:
 - i) in Bezug auf Island den Minister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in Bezug auf Österreich den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
- i) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“:
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
- j) schließt der Ausdruck „Geschäftstätigkeit“ auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4 ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5 BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,

- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6 EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Seeschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

Artikel 7 UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

- (4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.
- (5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.
- (6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.
- (7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8 SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

- (1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.
- (2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.
- (3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9 VERBUNDENE UNTERNEHMEN

- (1) Wenn
- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
 - b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10 DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11 ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12 LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob der Schuldner in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(5) Wird eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig war, im anderen Vertragsstaat ansässig, darf der erstgenannte Staat entsprechend seiner innerstaatlichen Gesetze und ungeachtet des Absatzes 4 Gewinne aus der Veräußerung von Aktien beziehungsweise Rechten an einer Gesellschaft besteuern, insoweit die Gewinne zum Zeitpunkt des Ansässigkeitsverlagerung entstanden sind, wenn diese Aktien beziehungsweise Rechte veräußert werden oder die Person Tatbestände verwirklicht, die zum Verlust des Besteuerungsrechts des erstgenannten Staates führen. Falls der erstgenannte Staat die Veräußerungsgewinne entsprechend dem vorhergehenden Satz besteuert, erkennt der andere Staat – bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns – den vom erstgenannten Staat ermittelten Verkaufspreis als Anschaffungskosten an.

Artikel 14 EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17 und 18 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 15 AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16 KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer von der im anderen State zuständigen Behörde als gemeinnützig anerkannten Einrichtung unterstützt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 17 RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 18 ÖFFENTLICHER DIENST

(1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.
- (3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und auf Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

Artikel 19 STUDENTEN

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 20 ANDERE EINKÜNFTE

- (1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.
- (2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

Artikel 21 VERMÖGEN

- (1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.
- (2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.
- (3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.
- (4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22 VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

- (1) In Bezug auf Island wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:
 - a) Bezieht eine in Island ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Island:
 - i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
 - ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte oder das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.
 - b) Einkünfte oder Vermögen einer in Island ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Island auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Island bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.
- (2) In Bezug auf eine in Österreich ansässige Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Island besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und c diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10 und 12 in Island besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Island gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Island bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.
- d) Lit. a gilt nicht für Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, wenn Island dieses Abkommen so anwendet, dass Island diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung ausnimmt oder Absatz 2 des Artikels 10 oder des Artikels 12 auf diese Einkünfte anwendet.

Artikel 23 GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 24 VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 25 INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden, oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem

sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Artikel 26

AMTSHILFE BEI DER VOLLSTRECKUNG VON STEUERN

(1) Die Vertragsstaaten leisten sich gegenseitige Amtshilfe bei der Vollstreckung von Abgabenansprüchen. Diese Amtshilfe ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen regeln, wie dieser Artikel durchzuführen ist.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Abgabenanspruch“ bedeutet einen Betrag, der auf Grund der unter das Abkommen fallenden Steuern, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, geschuldet wird, soweit die Besteuerung diesem Abkommen oder anderen völkerrechtlichen Übereinkünften, denen die Vertragsstaaten beigetreten sind, nicht widerspricht, sowie mit diesem Betrag zusammenhängende Zinsen, verwaltungsbehördliche Geldstrafen und Kosten der Vollstreckung oder Sicherung.

(3) Ist der Abgabenanspruch eines Vertragsstaats nach Recht dieses Staats endgültig fällig und vollstreckbar, wird der Abgabenanspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates für die Zwecke der Vollstreckung von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der Abgabenanspruch wird vom anderen Staat nach dessen Rechtsvorschriften über die Einbringung und Vollstreckung seiner eigenen Steuer vollstreckt, als handelte es sich bei dem Abgabenanspruch um einen Abgabenanspruch des anderen Staates.

(4) Handelt es sich bei dem Abgabenanspruch eines Vertragsstaats um einen Anspruch, bei dem dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Vollstreckung einleiten kann, wird dieser Abgabenanspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates zum Zwecke der Einleitung von Sicherungsmaßnahmen von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der andere Staat leitet nach seinen Rechtsvorschriften Sicherungsmaßnahmen in Bezug auf diesen Abgabenanspruch ein, als wäre der Abgabenanspruch ein Abgabenanspruch dieses anderen Staates, selbst wenn der Abgabenanspruch im Zeitpunkt der Einleitung dieser Maßnahmen im erstgenannten Staat nicht endgültig fällig oder vollstreckbar ist.

(5) Ungeachtet der Absätze 3 und 4 unterliegt ein von einem Vertragsstaat für Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannter Abgabenanspruch als solcher in diesem Staat nicht den Verjährungsfristen oder den Vorschriften über die vorrangige Behandlung eines Abgabenanspruchs nach dem Recht dieses Staates. Ferner hat ein Abgabenanspruch, der von einem Vertragsstaat für Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannt wurde, in diesem Staat nicht den Vorrang, den dieser Abgabenanspruch nach dem Recht des anderen Vertragsstaats hat.

(6) Die zuständigen Behörden können sich darauf einigen, in Fällen, in denen im ersuchenden Staat Abgabenansprüche auf eine den allgemein anerkannten verfahrensrechtlichen Bestimmungen widersprechende Weise festgesetzt worden sind, keine Amtshilfe zu leisten. Diese Frage kann Gegenstand eines Verständigungsverfahrens zwischen den beiden zuständigen Behörden werden.

(7) Verfahren im Zusammenhang mit dem Bestehen, der Gültigkeit oder der Höhe des Abgabenspruchs eines Vertragsstaats können nicht bei den Gerichten oder Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaats eingeleitet werden. Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als ob deshalb Ansprüche auf Verfahren bei den Gerichten oder Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaats entstünden oder bestünden.

(8) Verliert der betreffende Abgabenspruch, nachdem das Ersuchen eines Vertragsstaats nach den Absätzen 3 oder 4 gestellt wurde und bevor der andere Vertragsstaat den betreffenden Abgabenspruch vollstreckt und an den erstgenannten Staat ausgezahlt hat,

- a) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 3 seine Eigenschaft als Abgabenspruch des erstgenannten Staates, der nach dem Recht dieses Staates endgültig fällig und vollstreckbar ist, oder
- b) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 4 seine Eigenschaft als Abgabenspruch des erstgenannten Staates, für den dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Vollstreckung einleiten kann,

teilt die zuständige Behörde des erstgenannten Staates dies der zuständigen Behörde des anderen Staates unverzüglich mit und nach Wahl des anderen Staates setzt der erstgenannte Staat das Ersuchen entweder aus oder nimmt es zurück.

(9) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Maßnahmen durchzuführen, die dem Ordre public widersprechen;
- c) Amtshilfe zu leisten, wenn der andere Vertragsstaat nicht alle angemessenen Maßnahmen zur Vollstreckung oder Sicherung, die nach seinen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis möglich sind, ausgeschöpft hat;
- d) Amtshilfe in Fällen zu leisten, in denen der Verwaltungsaufwand für diesen Staat in einem eindeutigen Missverhältnis zu dem Nutzen steht, den der andere Vertragsstaat dadurch erlangt.

Artikel 27

DIPLOMATEN UND KONSULARBEAMTE

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28 INKRAFTTRETEN

(1) Die Vertragsstaaten benachrichtigen einander, wenn die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Zeitpunkt unmittelbar folgt, in dem die spätere der Mitteilungen erfolgt, und seine Bestimmungen finden in beiden Vertragsstaaten Anwendung:

- a) in Bezug auf die an der Quelle einbehaltenen Steuern für Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das jenem unmittelbar folgt, in dem die spätere Mitteilung erfolgt;
- b) in Bezug auf andere Steuern vom Einkommen und Steuern vom Vermögen, für Steuern, die für Steuerjahre erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem die spätere Mitteilung erfolgt.

Artikel 29 KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

Geschehen zu Wien, am 30. Juni 2016, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, isländischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

Michael Linhart m.p.

Für Island:

Auðunn Atlason m.p.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen Island und der Republik Österreich abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

1. Zu Artikel 16 Absatz 3

Es besteht Einvernehmen, dass Absatz 3 auch für die Trägerkörperschaften von Orchestern, Theatern, Balletten sowie für die Mitglieder solcher Kulturträger gilt, wenn diese Trägerkörperschaften auf Dauer im Wesentlichen ohne Gewinnerzielung tätig sind und dies durch die zuständige Behörde im Ansässigkeitsstaat bestätigt wird.

2. Zu Artikel 25

2.1 Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
- d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- e) soweit bekannt, den Namen und die Anschrift von Personen, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;

- f) eine Erklärung, dass das Ersuchen mit den Rechts- und Verwaltungspraktiken des ersuchenden Staates vereinbar ist und dass die zuständige Behörde des ersuchenden Staates diese gewünschten Informationen, wenn sie sich im Gebiet des ersuchenden Staates befänden, im Einklang mit den Rechtsvorschriften des ersuchenden Staates oder im Wege der normalen Verwaltungsverfahren einholen könnte, und dass das Ersuchen mit diesem Abkommen vereinbar ist;
- g) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

2.2 Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 25 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen (“fishing expeditions”).

2.3 Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 25 Absatz 5 nicht dazu verpflichtet, Informationen im Sinne dieses Absatzes auf spontaner oder automatischer Basis auszutauschen.

2.4 Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 25 neben den oben angeführten Grundsätzen auch die aus den Kommentaren der OECD abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

3. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich der nachstehenden Punkte:

- a) alle Vorbehalte oder Bemerkungen der beiden Vertragsstaaten zum OECD-Muster oder dessen Kommentar;
- b) alle gegenteiligen Auslegungen in diesem Protokoll;

- c) alle gegenteiligen Auslegungen, die einer der beiden Vertragsstaaten in einer veröffentlichten Erklärung vornimmt, die der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats vor Inkrafttreten des Abkommens übermittelt worden ist;
- d) alle gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach Inkrafttreten des Abkommens geeinigt haben.

Der OECD-Kommentar – der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann – stellt eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge¹ vom 23. Mai 1969 dar.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten dieses Protokoll unterzeichnet.

Geschehen zu Wien, am 30. Juni 2016, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, isländischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

Für Island:

Michael Linhart m.p.

Auðunn Atlason m.p.

¹ Kundgemacht in BGBl. Nr. 40/1980.

CONVENTION BETWEEN
THE REPUBLIC OF AUSTRIA
AND
ICELAND

FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION
AND THE PREVENTION OF FISCAL EVASION
WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL

THE REPUBLIC OF AUSTRIA and ICELAND,

DESIRING to conclude a Convention for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and on capital,

HAVE AGREED as follows:

Article 1 PERSONS COVERED

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2 TAXES COVERED

1. This Convention shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

2. There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, as well as taxes on capital appreciation.

3. The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) In Iceland:

- (i) the income taxes to the state (tekjuskattar ríkissjóðs);
- (ii) the net wealth taxes to the state (eignarskattar ríkissjóðs); and
- (iii) the income tax to the municipalities (útsvar til sveitarfélaganna),

b) In Austria:

- (i) the income tax (die Einkommensteuer);
- (ii) the corporation tax (die Körperschaftsteuer).

4. The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

Article 3 GENERAL DEFINITIONS

1. For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

- a) the term “Iceland” means Iceland and, when used in a geographical sense, means the territory of Iceland, including its territorial sea, and any area beyond the territorial sea within which Iceland, in accordance with international law, exercises jurisdiction or sovereign rights with respect to the sea bed, its subsoil and its superjacent waters, and their natural resources;
- b) the term “Austria” means the territory of the Republic of Austria;

- c) the term “person” includes an individual, a company and any other body of persons;
- d) the term “company” means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
- e) the term “enterprise” applies to the carrying on of any business;
- f) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- g) the term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- h) the term “competent authority” means:
 - (i) in the case of Iceland, the Minister of Finance or his authorised representative;
 - (ii) in the case of Austria, the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
- i) the term “national” means:
 - (i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
 - (ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State;
- j) the term “business” includes the performance of professional services and of other activities of an independent character.

2. As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Convention applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4 RESIDENT

1. For the purposes of this Convention, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5 PERMANENT ESTABLISHMENT

1. For the purposes of this Convention, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term “permanent establishment” includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;

- e) a workshop; and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

3. A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

4. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in subparagraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person - other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies - is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

6. An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

7. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6 INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

1. Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.
2. The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.
3. The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting or use in any other form of immovable property.
4. The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise.

Article 7 BUSINESS PROFITS

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.
2. Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.
3. In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.
4. Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

5. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

6. For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

7. Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8 SHIPPING AND AIR TRANSPORT

1. Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

2. If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

3. The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9 ASSOCIATED ENTERPRISES

1. Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State; or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

2. Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State - and taxes accordingly - profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10 DIVIDENDS

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

3. The term “dividends” as used in this Article means income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

5. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11 INTEREST

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State if such resident is the beneficial owner of the interest.

2. The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

3. The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

4. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12 ROYALTIES

1. Royalties arising in a Contracting State and beneficially owned by a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws in that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties.

3. The term “royalties” as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

5. Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether the payer is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the obligation to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

6. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer, and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13 CAPITAL GAINS

1. Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) may be taxed in that other State.

3. Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

5. In the case of an individual who was a resident of one of the Contracting States and who has become a resident of the other Contracting State the first mentioned State may tax, according to its domestic law and notwithstanding paragraph 4, capital gains from shares or rights in a company to the extent the gains have accrued by the date of change of residence, provided such shares or rights are alienated or the individual has taken measures entailing loss of the taxation right for the first mentioned State. If the first-mentioned State taxes the capital gains according to the preceding sentence the other State, when calculating the taxable capital gains, shall recognize the sales price as determined by the first-mentioned State as cost of acquisition.

Article 14 INCOME FROM EMPLOYMENT

1. Subject to the provisions of Articles 15, 17 and 18, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the fiscal year concerned; and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State; and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic, may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 15 DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 16 ARTISTES AND SPORTSMEN

1. Notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to income derived from activities performed in a Contracting State by artistes or sportsmen if the visit to that State is wholly or mainly supported by public funds of the other State or political subdivisions or local authorities thereof or by an institution which is recognised as a non-profit institution by the competent authority of the other state. In such a case, the income is taxable only in the Contracting State in which the person is a resident.

Article 17 PENSIONS

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 18, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 18 GOVERNMENT SERVICE

1. a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision or a local authority or a statutory body thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority or body shall be taxable only in that State.
- b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
 - (i) is a national of that State; or
 - (ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

2. a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision or a local authority or a statutory body thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority or body shall be taxable only in that State.
 - b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.
3. The provisions of Articles 14, 15, 16, and 17 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration and to pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision or a local authority or a statutory body thereof.

Article 19 STUDENTS

Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 20 OTHER INCOME

1. Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.
2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

Article 21 CAPITAL

1. Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.
2. Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State may be taxed in that other State.

3. Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 22 ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

1. In the case of Iceland, double taxation shall be avoided as follows:

- a) Where a resident of Iceland derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Austria, Iceland shall allow:
 - (i) as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in Austria;
 - (ii) as a deduction from the tax on the capital of that resident, an amount equal to the capital tax paid in Austria.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the income tax or capital tax, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the capital which may be taxed in Austria.

- b) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Iceland is exempt from tax in Iceland, Iceland may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

2. In the case of a resident of Austria, double taxation shall be eliminated as follows:

- a) Where a resident of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Iceland, Austria shall, subject to the provisions of subparagraphs b) and c), exempt such income or capital from tax.
- b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of Articles 10 and 12 may be taxed in Iceland, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Iceland. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from Iceland.
- c) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

- d) The provisions of subparagraph a) shall not apply to income derived or capital owned by a resident of Austria where Iceland applies the provisions of this Convention to exempt such income or capital from tax or applies the provisions of paragraph 2 of Article 10 or 12 to such income.

Article 23 NON-DISCRIMINATION

1. Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.
2. Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.
3. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.
4. Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 4 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.
5. Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.
6. The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 24 MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 23, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

4. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 25 EXCHANGE OF INFORMATION

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Convention or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of the Contracting States, or of their political subdivisions or local authorities, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Article 1 and 2.

2. Any information received under paragraph 1 by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, the determination of appeals in relation to the taxes referred to in paragraph 1, or the oversight of the above. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Notwithstanding the foregoing, information received by a Contracting State may be used for other purposes when such information may be used for such other purposes under the laws of both States and the competent authority of the supplying state authorises such use.

3. In no case shall the provisions of paragraph 1 and 2 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (*ordre public*) or to the fundamental rights granted by a State, in particular in the area of data protection.

4. If information is requested by a Contracting State in accordance with this Article, the other Contracting State shall use its information gathering measures to obtain the requested information, even though that other State may not need such information for its own tax purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations of paragraph 3 but in no case shall such limitations be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because it has no domestic interest in such information.

5. In no case shall the provisions of paragraph 3 be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity or because it relates to ownership interests in a person.

Article 26 ASSISTANCE IN THE COLLECTION OF TAXES

1. The Contracting States shall lend assistance to each other in the collection of revenue claims. This assistance is not restricted by Article 1. The competent authorities of the Contracting States may by mutual agreement settle the mode of application of this Article.

2. The term “revenue claim” as used in this Article means an amount owed in respect of taxes covered by the Convention imposed on behalf of the Contracting States, or of their political subdivisions or local authorities, insofar as the taxation thereunder is not contrary to this Convention or any other instrument to which the Contracting States are parties, as well as interest, administrative penalties and costs of collection or conservancy related to such amount.

3. When a revenue claim of a Contracting State is finally due and enforceable under the laws of that State that revenue claim shall at the request of the competent authority of that State, be accepted for purposes of collection by the competent authority of the other Contracting State. That revenue claim shall be collected by that other State in accordance with the provisions of its laws applicable to the enforcement and collection of its own taxes as if the revenue claim were a revenue claim of that other State.

4. When a revenue claim of a Contracting State is a claim in respect of which that State may, under its law, take measures of conservancy with a view to ensure its collection, that revenue claim shall, at the request of the competent authority of that State, be accepted for purposes of taking measures of conservancy by the competent authority of the other Contracting State. That other State shall take measures of conservancy in respect of that revenue claim in accordance with the provisions of its laws as if the revenue claim were a revenue claim of that other State even if, at the time when such measures are applied the revenue claim is not finally due or enforceable in the first-mentioned State.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 3 and 4, a revenue claim accepted by a Contracting State for purposes of paragraph 3 or 4 shall not in that State, be subject to the time limits or accorded any priority applicable to a revenue claim under the laws of that State by reason of its nature as such. In addition, a revenue claim accepted by a Contracting State for the purposes of paragraph 3 or 4 shall not, in that State, have any priority applicable to that revenue claim under the laws of the other Contracting State.

6. The competent authorities may agree not to lend assistance in cases where tax claims have arisen in the applicant State in a way which was in conflict with generally accepted procedural rules. This question may form the subject of a mutual agreement procedure between the two competent authorities involved.

7. Proceedings with respect to the existence, validity or the amount of a revenue claim of a Contracting State shall not be brought before the courts or administrative bodies of the other Contracting State. Nothing in this article shall be construed as creating or providing any right to such proceedings before any court or administrative body of the other Contracting State.

8. Where, at any time after a request has been made by a Contracting State under paragraph 3 or 4 and before the other Contracting State has collected and remitted the relevant revenue claim to the first-mentioned State, the relevant revenue claim ceases to be

- a) in the case of a request under paragraph 3, a revenue claim of the first-mentioned State that is finally due and enforceable under the laws of that State;
or
- b) in the case of a request under paragraph 4, a revenue claim of the first-mentioned State in respect of which that State may, under its laws, take measures of conservancy with a view to ensure its collection

the competent authority of the first-mentioned State shall promptly notify the competent authority of the other State of that fact and, at the option of the other State, the first-mentioned State shall either suspend or withdraw its request.

9. In no case shall the provisions of this Article be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to carry out measures which would be contrary to public policy (*ordre public*);
- c) to provide assistance if the other Contracting State has not pursued all reasonable measures of collection or conservancy, as the case may be, available under its laws or administrative practice;
- d) to provide assistance in those cases where the administrative burden for that State is clearly disproportionate to the benefit to be derived by the other Contracting State.

Article 27

MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 28

ENTRY INTO FORCE

1. The Contracting States shall notify each other that the constitutional requirements for the entry into force of this Convention have been complied with.

2. The Convention shall enter into force on the first day of the third month next following the date of the later of the notifications and its provisions shall have effect in both Contracting States:

- a) in respect of taxes withheld at source, on income derived on or after 1 January in the calendar year next following the year in which the later notice is given;
- b) in respect of other taxes on income, and taxes on capital, for taxes chargeable for any tax year beginning on or after 1 January in the calendar year next following the year in which the later notice is given.

Article 29
TERMINATION

This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination on or before the thirtieth day of June in a calendar year after the fifth year from the date of entry into force of the Convention. In such event, the Convention shall cease to have effect in respect of the taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the notice of termination has been given.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorized thereto, have signed this Convention.

Done in duplicate at Vienna on this 30th day of June, 2016 in the German, Icelandic and English languages, each text being equally authentic. In case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Michael Linhart m.p.

For Iceland:

Auðunn Atlason m.p.

PROTOCOL

At the moment of signing the Convention with respect to Taxes on Income and on Capital, this day concluded between Iceland and the Republic of Austria, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention.

1. With reference to paragraph 3 of Article 16

It is understood that paragraph 3 shall also apply to legal entities which carry on orchestras, theatres, ballet groups as well as to members of such cultural entities if such legal entities substantially are non-profit entities and if this is certified by the competent authority of the State of residence.

2. With reference to Article 25

- (l) The competent authority of the applicant State shall provide the following information to the competent authority of the requested State when making a request for information under the Convention to demonstrate the foreseeable relevance of the information to the request:
 - a) the identity of the person under examination or investigation;
 - b) a statement of the information sought including its nature and the form in which the applicant State wishes to receive the information from the requested State;
 - c) the tax purpose for which the information is sought;
 - d) grounds for believing that the information requested is held in the requested State or is in the possession or control of a person within the jurisdiction of the requested State;
 - e) to the extent known, the name and address of any person believed to be in possession of the requested information;
 - f) a statement that the request is in conformity with the law and administrative practices of the applicant State, that if the requested information was within the jurisdiction of the applicant State then the competent authority of the applicant State would be able to obtain the information under the laws of the applicant State or in the normal course of administrative practice and that it is in conformity with this Convention;
 - g) a statement that the applicant State has pursued all means available in its own territory to obtain the information, except those that would give rise to disproportionate difficulties.

- (2) It is understood that the exchange of information provided in Article 25 does not include measures which constitute “fishing expeditions”.
- (3) It is understood that paragraph 5 of Article 25 does not obligate the Contracting States to exchange information on a spontaneous or automatic basis.
- (4) It is understood that in addition to the above mentioned principles for the interpretation of Article 25 the principles established in the OECD Commentaries shall be considered as well.

3. Interpretation of the Convention

It is understood that provisions of the Convention which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD-Model Convention on Income and on Capital shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD Commentary thereon. The understanding in the preceding sentence will not apply with respect to the following:

- a) any reservations or observations to the OECD Model or its Commentary by either Contracting State;
- b) any contrary interpretations in this Protocol;
- c) any contrary interpretation in a published explanation by one of the Contracting States that has been provided to the competent authority of the other Contracting State prior to the entry into force of the Convention;
- d) any contrary interpretation agreed to by the competent authorities after the entry into force of the Convention.

The OECD Commentary - as it may be revised from time to time - constitutes a means of interpretation in the sense of the Vienna Convention of 23 May 1969 on the Law of Treaties.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorized thereto, have signed this Protocol.

Done in duplicate at Vienna on this 30th day of June, 2016 in the German, Icelandic and English languages, each text being equally authentic. In case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Michael Linhart m.p.

For Iceland:

Auðunn Atlason m.p.

SAMNINGUR MILLI
LÝÐVELDISINS AUSTURRÍKIS
OG
ÍSLANDS
TIL AÐ KOMAST HJÁ TVÍSKÖTTUN
OG KOMA Í VEG FYRIR UNDASKOT FRÁ
SKATTLAGNINGU Á TEKJUR OG EIGNIR

LÝÐVELDIÐ AUSTURRÍKI og ÍSLAND,

sem vilja gera með sér samning til að komast hjá tvísköttun og koma í veg fyrir undanskot frá skattlagningu á tekjur og eignir,

HAFA ORÐIÐ ÁSÁTT um eftirfarandi:

1. gr.

Aðilar sem samningurinn tekur til.

Samningur þessi tekur til aðila sem eru heimilisfastir í öðru eða báðum samningsríkjunum.

2. gr.

Skattar sem samningurinn tekur til.

1. Samningur þessi tekur til skatta af tekjum og eignum sem eru lagðir á vegna samningsríkis, sjálfstjórnarhéraða eða sveitarstjórna þess, án tillits til þess á hvern hátt þeir eru á lagðir.

2. Til skatta af tekjum og eignum teljast allir skattar sem lagðir eru á heildartekjur, á heildareignir eða á hluta tekna eða eigna, þar með taldir skattar af hagnaði af sölu lausafjár eða fasteigna, svo og skattar af verðmætisaukningu.

3. Gildandi skattar, sem samningurinn tekur til, eru einkum þessir:

a) á Íslandi:

- (i) tekjuskattar ríkissjóðs;
- (ii) eignarskattar ríkissjóðs; og
- (iii) útsvar til sveitarfélaganna;

b) í Austurríki:

- (i) tekjuskattur (die Einkommensteuer);
- (ii) fyrirtækjaskattur (die Körperschaftsteuer).

4. Samningurinn skal einnig taka til allra þeirra skatta, sömu eða að verulegu leyti svipaðrar tegundar, sem lagðir eru á eftir undirritunardag hans til viðbótar við eða í staðinn fyrir gildandi skatta. Bær stjórnvöld í samningsríkjunum skulu tilkynna hvort öðru um allar verulegar breytingar sem gerðar hafa verið á skattalögum ríkjanna.

3. gr.

Almennar skilgreiningar.

1. Í þessum samningi er merking eftirfarandi hugtaka sem hér segir, nema annað leiði af samhenginu:

- a) „Ísland“ merkir Ísland og, þegar það er notað í landfræðilegum skilningi, landsvæði Íslands, þar með talin landhelgin og sérhvert það svæði utan landhelginnar þar sem Ísland hefur samkvæmt þjóðarétti lögsögu eða fullveldisréttindi að því er varðar hafsbotninn, botnlög hans og hafið yfir honum, og náttúruauðlindir þeirra;
- b) „Austurríki“ merkir landsvæði lýðveldisins Austurríkis;
- c) „aðili“ merkir mann, félag og sérhver önnur samtök aðila;
- d) „félag“ merkir sérhverja persónu að lögum eða sérhverja aðra einingu sem telst persóna að lögum að því er skatta varðar;

- e) „fyrirtæki“ merkir rekstur hvers konar starfsemi;
- f) „fyrirtæki í samningsríki“ og „fyrirtæki í hinu samningsríkinu“ merkja fyrirtæki sem rekið er af aðila heimilisföstum í samningsríki og fyrirtæki sem rekið er af aðila heimilisföstum í hinu samningsríkinu, eftir því sem við á;
- g) „flutningar á alþjóðaleiðum“ merkir flutninga með skipi eða loftfari sem rekið er af fyrirtæki sem hefur raunverulega framkvæmdastjórn í samningsríki, nema skipið eða loftfarið sé eingöngu notað milli staða í hinu samningsríkinu;
- h) „bært stjórnvald“ merkir
 - (i) á Íslandi, fjármálaráðherra eða fulltrúa hans;
 - (ii) í Austurríki, sambandsráðherra fjármála eða fulltrúa hans;
- i) „ríkisborgari“ merkir
 - (i) hvern þann mann sem á ríkisfang í samningsríki;
 - (ii) sérhvern lögaðila, sameignarfélag eða samtök sem byggja réttarstöðu sína sem slík á gildandi lögum samningsríkis;
- j) „starfsemi“ felur m.a. í sér sérfræðipjónustu og aðra sjálfstæða starfsemi.

2. Við framkvæmd samningsríkis á ákvæðum þessa samnings á hverjum tíma skulu öll hugtök sem ekki eru skilgreind í samningnum, nema annað leiði af samhenginu, hafa sömu merkingu og þau hafa á þeim tíma samkvæmt lögum viðkomandi ríkis að því er varðar þá skatta sem samningurinn tekur til. Sú merking, sem hugtakið hefur samkvæmt viðeigandi skattalögum þess ríkis, skal ganga framur þeirri merkingu sem hugtakið hefur samkvæmt öðrum lögum þess ríkis.

4. gr.

Heimilisfastur aðili.

1. Í þessum samningi merkir hugtakið „aðili heimilisfastur í samningsríki“ sérhvern þann aðila sem samkvæmt lögum þess ríkis er skattskyldur þar vegna búsetu, heimilisfesti, aðseturs stjórnar eða af öðrum svipuðum ástæðum, og felur einnig í sér það ríki og sjálfstjórnarhéruð eða sveitarstjórnir þess. Hugtakið felur þó ekki í sér neinn þann aðila sem eingöngu er skattskyldur í því ríki af tekjum sem eiga uppruna sinn í því ríki eða af eignum sem þar eru staðsettar.

2. Þegar maður telst heimilisfastur í báðum samningsríkjunum samkvæmt 1. mgr. skal ákvarða stöðu hans með eftirfarandi hætti:

- a) maður telst einungis heimilisfastur í því ríki þar sem hann á fast heimili; eigi maður fast heimili í báðum ríkjunum telst hann einungis heimilisfastur í því ríki sem hann er nánar tengdur persónulega og fjárhagslega (miðstöð persónuhagsmuna);
- b) ef ekki er unnt að ákvarða í hvoru ríkinu maður hefur miðstöð persónuhagsmuna sinna, eða ef hann á fast heimili í hvorugu ríkinu, telst hann einungis heimilisfastur í því ríki þar sem hann dvelst að jafnaði;
- c) ef maður dvelst að jafnaði í báðum ríkjunum eða í hvorugu þeirra telst hann einungis heimilisfastur í því ríki þar sem hann á ríkisfang;
- d) ef maður á ríkisfang í báðum ríkjunum eða í hvorugu þeirra skulu bær stjórnvöld í samningsríkjunum leysa málið með gagnkvæmu samkomulagi.

3. Þegar aðili annar en maður telst heimilisfastur í báðum samningsríkjunum samkvæmt 1. mgr. telst hann einungis heimilisfastur í því ríki þar sem raunveruleg framkvæmdastjórn hans hefur aðsetur.

5. gr.

Föst atvinnustöð.

1. Í samningi þessum merkir hugtakið „föst atvinnustöð“ fasta starfsstöð þar sem starfsemi fyrirtækis fer að nokkru eða öllu leyti fram.

2. Hugtakið „föst atvinnustöð“ tekur einkum til:

- a) aðseturs framkvæmdastjórnar;
- b) útibús;
- c) skrifstofu;
- d) verksmiðju;
- e) verkstæðis; og
- f) námu, olíu- eða gaslindar, grjótnámu eða annars staðar þar sem náttúruauðlindir eru nýttar.

3. Byggingarsvæði eða byggingar- eða uppsetningarframkvæmd telst því aðeins föst atvinnustöð að hún standi yfir lengur en tólf mánuði.

4. Þrátt fyrir framangreind ákvæði þessarar greinar tekur hugtakið „föst atvinnustöð“ ekki til:

- a) nýtingar aðstöðu sem einskorðuð er við geymslu, sýningu eða afhendingu á vörum eða varningi í eigu fyrirtækisins;
- b) birgðahalds á vörum eða varningi í eigu fyrirtækisins sem eingöngu er ætlaður til geymslu, sýningar eða afhendingar;
- c) birgðahalds á vörum eða varningi í eigu fyrirtækisins sem eingöngu er ætlaður til vinnslu hjá öðru fyrirtæki;
- d) fastrar starfsstöðvar sem eingöngu er notuð í sambandi við kaup á vörum eða varningi eða öflun upplýsinga fyrir fyrirtækið;
- e) fastrar starfsstöðvar sem eingöngu er notuð til að annast sérhverja aðra undirbúnings- eða aðstoðarstarfsemi fyrir fyrirtækið;
- f) fastrar starfsstöðvar sem nýtt er eingöngu til að reka hvers konar starfsemi sem samsett er úr þáttum sem falla undir a- til e-lið, enda felist öll sú starfsemi sem fram fer í þessari föstu starfsstöð vegna þessarar samsetningar í undirbúnings- eða aðstoðarstörfum.

5. Ef aðili, sem ekki er óháður umboðsaðili samkvæmt ákvæðum 6. mgr., hefur á hendi starfsemi fyrir fyrirtæki og hefur heimild í samningsríki til að gera samninga fyrir fyrirtækið og beitir þessari heimild að jafnaði, telst fyrirtæki þetta, þrátt fyrir ákvæði 1. og 2. mgr., hafa fasta atvinnustöð í því ríki að því er varðar hvers konar starfsemi sem aðilinn hefur með höndum fyrir fyrirtækið. Þetta á þó ekki við ef starfsemi þessa aðila er takmörkuð við þá starfsemi sem um ræðir í 4. mgr. og sem myndi ekki, þótt innt væri af hendi frá fastri starfsstöð, gera þessa föstu starfsstöð að fastri atvinnustöð samkvæmt ákvæðum þeirrar málsgreinar.

6. Fyrirtæki telst ekki hafa fasta atvinnustöð í samningsríki eingöngu vegna þess að það hefur með höndum starfsemi í því ríki fyrir milligöngu miðlara, umboðsmanns eða annars óháðs umboðsaðila, svo framarlega sem þessir aðilar koma fram innan marka venjulegs atvinnurekstrar þeirra.

7. Þótt félag sem er heimilisfast í samningsríki stjórnri eða sé stjórnað af félagi sem er heimilisfast í hinu samningsríkinu eða hefur með höndum starfsemi í hinu ríkinu (annaðhvort frá fastrri atvinnustöð eða á annan hátt) leiðir það í sjálfu sér ekki til þess að annað hvort þessara félaga sé föst atvinnustöð hins.

6. gr.

Tekjur af fasteign.

1. Tekjur sem aðili heimilisfastur í samningsríki hefur af fasteign (þar með taldar tekjur af landbúnaði eða skógarnytjum) sem staðsett er í hinu samningsríkinu má skattleggja í síðarnefnda ríkinu.

2. Hugtakið „fasteign“ skal hafa þá merkingu sem það hefur samkvæmt lögum þess samningsríkis þar sem fasteignin er. Í öllum tilvikum felur hugtakið í sér fylgifé með fasteign, áhöfn og tæki, sem notuð eru í landbúnaði og við skógarnytjar, réttindi varðandi landeignir samkvæmt reglum einkamálaréttar, afnotarétt af fasteign og rétt til breytilegrar eða fastrar þóknunar sem endurgjald fyrir hagnýtingu á eða rétt til hagnýtingar á námum, lindum og öðrum náttúruauðlindum. Skip, bátar og loftför teljast ekki til fasteigna.

3. Ákvæði 1. mgr. gilda um tekjur af beinni hagnýtingu, leigu og hvers konar öðrum afnotum fasteignar.

4. Ákvæði 1. og 3. mgr. gilda einnig um tekjur af fasteign í eigu fyrirtækis.

7. gr.

Hagnaður af atvinnurekstri.

1. Hagnaður fyrirtækis í samningsríki skal einungis skattlagður í því ríki nema fyrirtækið hafi með höndum starfsemi í hinu samningsríkinu frá fastrri atvinnustöð þar. Ef fyrirtækið hefur slíka starfsemi með höndum má skattleggja hagnað þess í síðarnefnda ríkinu en þó einungis að því marki sem rekja má hagnaðinn til nefndrar fastrar atvinnustöðvar.

2. Þegar fyrirtæki í samningsríki hefur með höndum atvinnurekstur í hinu samningsríkinu frá fastrri atvinnustöð þar skal hvort samningsríki um sig, nema annað leiði af ákvæðum 3. mgr., telja föstu atvinnustöðinni þann hagnað sem ætla má að komið hefði í hennar hlut ef hún væri sérstakt og sjálfstætt fyrirtæki sem hefði með höndum sams konar eða svipaðan atvinnurekstur við sömu eða svipaðar aðstæður og kæmi að öllu leyti sjálfstætt fram í skiptum við það fyrirtæki sem hún er föst atvinnustöð fyrir.

3. Við ákvörðun hagnaðar fastrar atvinnustöðvar skal leyfa sem frádrátt útgjöld sem stofnað er til af hálfu föstu atvinnustöðvarinnar, þar með talinn kostnað við framkvæmdastjórn og almenna stjórnun, hvort heldur kostnaðurinn er til orðinn í því ríki þar sem fasta atvinnustöðin er eða annars staðar.
4. Að því leyti sem venja hefur verið í samningsríki að ákvarða hagnað sem talinn er fastri atvinnustöð á grundvelli skiptingar heildarhagnaðar fyrirtækisins milli hinna ýmsu hluta þess skal ekkert í 2. mgr. útiloka það samningsríki frá því að ákvarða skattskyldan hagnað eftir þeirri skiptingu sem tíðkast hefur. Aðferðin sem notuð er við skiptinguna skal samt sem áður vera þannig að niðurstaðan verði í samræmi við þær meginreglur sem felast í þessari grein.
5. Engan hagnað skal telja fastri atvinnustöð eingöngu vegna kaupa hennar á vörum eða varningi fyrir fyrirtækið.
6. Við beitingu ákvæða undanfarandi málsgreina skal hagnaður, sem talinn er fastri atvinnustöð, ákvarðast eftir sömu reglum frá ári til árs nema rík og fullnægjandi ástæða sé til annars.
7. Þegar hagnaður felur í sér tekjur sem sérstök ákvæði eru um í öðrum greinum þessa samnings skulu ákvæði þessarar greinar ekki hafa áhrif á gildi þeirra ákvæða.

8. gr.

Siglingar og loftferðir.

1. Hagnaður af rekstri skipa eða loftfara í flutningum á alþjóðaleiðum skal einungis skattlagður í því samningsríki þar sem raunveruleg framkvæmdastjórn fyrirtækisins hefur aðsetur.
2. Ef aðsetur raunverulegrar framkvæmdastjórnar útgerðarfyrirtækis er um borð í skipi skal hún teljast hafa aðsetur í því samningsríki þar sem heimahöfn skipsins er eða, ef ekki er um slíka heimahöfn að ræða, í því samningsríki þar sem útgerðarmaður skipsins er heimilisfastur.
3. Ákvæði 1. mgr. skulu einnig eiga við um hagnað sem hlýst af þátttöku í rekstrarsamvinnu („pool“), sameiginlegu fyrirtæki eða alþjóðlegum rekstrarsamtökum.

9. gr.

Tengd fyrirtæki.

1. Þegar
 - a) fyrirtæki í samningsríki tekur beinan eða óbeinan þátt í stjórn eða yfirlýðingum fyrirtækis í hinu samningsríkinu, eða á, beint eða óbeint, hluta af fjármagni þess, eða
 - b) sömu aðilar taka beinan eða óbeinan þátt í stjórn eða yfirlýðingum fyrirtækis í samningsríki, svo og fyrirtækis í hinu samningsríkinu, eða eiga, beint eða óbeint, hluta af fjármagni þeirra,

og hlutaðeigandi fyrirtæki semja eða setja í öðru hvoru tilvikinu skilmála um innbyrðis samband sitt á viðskipta- eða fjármálasviðinu, sem eru frábrugðnir því sem væri ef fyrirtækin væru óháð hvort öðru, má allur hagnaður, sem án þessara skilmála hefði runnið til annars fyrirtækisins, en rennur ekki til þess vegna skilmálanna, teljast til hagnaðar þess fyrirtækis og skattleggjast samkvæmt því.

2. Þegar samningsríki telur til hagnaðar fyrirtækis í því ríki, og skattleggur samkvæmt því, hagnað fyrirtækis í hinu samningsríkinu, sem hefur verið skattlagður í því ríki, og hagnaðurinn, sem þannig er innifalinn, er hagnaður sem hefði runnið til fyrirtækisins í fyrrnefnda ríkinu ef skilmálarnir, sem samið var um milli fyrirtækjanna tveggja, hefðu verið þeir sömu og samið hefði verið um milli óháðra fyrirtækja, skal síðarnefnda ríkið gera viðeigandi leiðréttingu á fjárhæð þess skatts sem lagður er þar á þennan hagnað. Við ákvörðun slíkrar leiðréttingar skal fullt tillit tekið til annarra ákvæða þessa samnings og skulu bær stjórnvöld samningsríkjanna hafa samráð ef nauðsyn krefur.

10. gr.

Arður.

1. Arð, sem félag heimilisfast í samningsríki greiðir aðila heimilisföstum í hinu samningsríkinu, má skattleggja í síðarnefnda ríkinu.

2. Slíkan arð má þó einnig skattleggja í því samningsríki þar sem félagið, sem greiðir arðinn, er heimilisfast og samkvæmt lögum þess ríkis. Sé raunverulegur eigandi arðsins heimilisfastur í hinu samningsríkinu skal skatturinn, sem þannig er á lagður, eigi vera hærri en:

- a) 5 af hundraði af vergri fjárhæð arðsins ef raunverulegi eigandinn er félag (annað en sameignarfélag) sem á beint að minnsta kosti 10 af hundraði eignarhlutdeild í félaginu sem greiðir arðinn;
- b) 15 af hundraði af vergri fjárhæð arðsins í öllum öðrum tilvikum.

Þessi málsgrein skal engin áhrif hafa á skattlagningu félagsins að því er varðar þann hagnað sem arður er greiddur af.

3. Hugtakið „arður“ merkir í þessari grein tekjur af hlutabréfum, ágóðahlutaskírteinum eða ágóðahlutaréttindum, námuhlutabréfum, stofnbréfum eða öðrum réttindum sem ekki eru skuldakröfur er veita rétt til hlutdeildar í hagnaði, svo og tekjur sem farið er með við skattlagningu á sama hátt og tekjur af hlutabréfum samkvæmt löggjöf þess ríkis þar sem félagið sem framkvæmir úthlutunina er heimilisfast.

4. Ákvæði 1. og 2. mgr. gilda ekki þegar raunverulegur eigandi arðsins er heimilisfastur í samningsríki og hefur með höndum starfsemi frá fastri atvinnustöð í hinu samningsríkinu þar sem félagið, sem greiðir arðinn, er heimilisfast og hlutareignin, sem arðurinn er greiddur af, er raunverulega bundin við slíka fasta atvinnustöð. Í því tilviki skulu ákvæði 7. gr. gilda.

5. Ef félag, sem er heimilisfast í samningsríki, fær hagnað eða tekjur frá hinu samningsríkinu getur síðarnefnda ríkið ekki skattlagt arðinn, sem félagið greiðir, nema að því leyti sem arður er greiddur aðila heimilisföstum í síðarnefnda ríkinu eða að því leyti sem hlutareignin, sem arðurinn er greiddur af, er raunverulega bundin við fasta atvinnustöð í síðarnefnda ríkinu né heldur

skattlagt óúthlutaðan hagnað félagsins. Þetta gildir jafnt þótt arðurinn sem greiddur er eða óúthlutaði hagnaðurinn sé að öllu eða nokkru leyti hagnaður eða tekjur sem hafa myndast í síðarnefnda ríkinu.

11. gr.
Vextir.

1. Vexti, sem myndast í samningsríki og greiddir eru aðila heimilisföstum í hinu samningsríkinu, má aðeins skattleggja í síðarnefnda ríkinu ef aðilinn er raunverulegur eigandi vaxtanna.

2. Hugtakið „vextir“ merkir í þessari grein tekjur af hvers konar skuldakröfum, hvort sem þær eru tryggðar með veði í fasteign eða ekki og hvort sem þeim fylgir réttur til hlutdeildar í hagnaði skuldunautar eða ekki. Hugtakið tekur sérstaklega til tekna af ríkisverðbréfum og tekna af skuldabréfum eða skuldaviðurkenningum, þar með talinn gengismunur og vinningar tengdir slíkum verðbréfum, skuldabréfum eða skuldaviðurkenningum. Dráttarvextir og kostnaður vegna greiðsludráttar teljast ekki vextir samkvæmt þessari grein.

3. Ákvæði 1. mgr. gilda ekki þegar raunverulegur eigandi vaxtanna er heimilisfastur í samningsríki og hefur með höndum starfsemi frá fastri atvinnustöð í hinu samningsríkinu þar sem vextirnir myndast og skuldakrafan, sem vextirnir eru greiddir af, er raunverulega bundin við slíka fasta atvinnustöð. Í því tilviki skulu ákvæði 7. gr. gilda.

4. Þegar vaxtafjárhæðin er hærri, miðað við þá skuldakröfu sem hún er greidd af vegna sérstaks sambands milli greiðanda og raunverulegs eiganda eða milli þeirra beggja og þriðja aðila, en sú vaxtafjárhæð sem greiðandi og raunverulegur eigandi hefðu samið um ef þetta sérstaka samband hefði ekki verið fyrir hendi, skulu ákvæði þessarar greinar einungis gilda um síðarnefndu fjárhæðina. Þegar þannig stendur á skal fjárhæðin, sem umfram er, skattlögð samkvæmt lögum hvors samningsríkis um sig að teknu tilliti til annarra ákvæða þessa samnings.

12. gr.
Þóknanir.

1. Þóknanir, sem myndast í samningsríki og eru raunverulega í eigu aðila sem er heimilisfastur í hinu samningsríkinu, má skattleggja í síðarnefnda ríkinu.

2. Slíkar þóknanir má þó einnig skattleggja í því samningsríki þar sem þær myndast og samkvæmt lögum þess ríkis, en sé raunverulegur eigandi þóknananna heimilisfastur í hinu samningsríkinu skal skatturinn sem þannig er á lagður eigi vera hærri en 5 af hundraði af vergri fjárhæð þóknananna.

3. Hugtakið „þóknanir“ merkir í þessari grein hvers konar greiðslur sem tekið er við sem endurgjaldi fyrir afnot eða rétt til afnota af hvers konar höfundarrétti á verkum á sviði bókmennta, lista eða vísinda, þar með taldar kvikmyndir, hvers konar einkaleyfi, vörumerki,

mynstur eða líkan, áætlun, leynileg formúla eða framleiðsluaðferð, eða fyrir upplýsingar um reynslu á sviði iðnaðar, viðskipta eða vísinda.

4. Ákvæði 1. og 2. mgr. gilda ekki þegar raunverulegur eigandi þóknanna er heimilisfastur í samningsríki og hefur með höndum starfsemi frá fastri atvinnustöð í hinu samningsríkinu þar sem þóknarnir myndast og réttindin eða eignin, sem gefur af sér þóknarnir, er raunverulega bundin við slíka fasta atvinnustöð. Í því tilviki skulu ákvæði 7. gr. gilda.

5. Þóknarnir skulu taldar myndast í samningsríki þegar greiðandinn er heimilisfastur í því ríki. Ef sá aðili, sem þóknarnir greiðir, hvort sem hann er heimilisfastur í samningsríki eða ekki, hefur fasta atvinnustöð í samningsríki og skyldan til að greiða þóknarnir er tengd hinni föstu atvinnustöð, og þóknarnir eru gjaldfærðar hjá hinni föstu atvinnustöð, skulu þær þó taldar myndast í því ríki þar sem hin fasta atvinnustöð er.

6. Ef fjárhæð þóknanna er, miðað við þau afnot, réttindi eða upplýsingar sem þær eru greiðsla fyrir vegna sérstaks sambands milli greiðanda og raunverulegs eiganda eða milli þeirra beggja og þriðja aðila, hærrí en sú fjárhæð sem greiðandi og raunverulegur eigandi hefðu samið um ef þetta sérstaka samband hefði ekki verið fyrir hendi, skulu ákvæði þessarar greinar einungis gilda um síðarnefndu fjárhæðina. Þegar þannig stendur á skal fjárhæðin, sem umfram er, skattlögð samkvæmt lögum hvors samningsríkis um sig að teknu tilliti til annarra ákvæða þessa samnings.

13. gr.

Söluhagnaður af eignum.

1. Hagnaður, sem aðili heimilisfastur í samningsríki hlýtur af sölu fasteignar sem getið er um í 6. gr. og staðsett er í hinu samningsríkinu, má skattleggja í síðarnefnda ríkinu.

2. Hagnaður, sem hlýst af sölu lausafjár sem er hluti atvinnurekstrareignar fastrar atvinnustöðvar sem fyrirtæki í samningsríki hefur í hinu samningsríkinu, má skattleggja í síðarnefnda ríkinu. Sama gildir um hagnað af sölu á slíkri fastri atvinnustöð (einni sér eða ásamt fyrirtækinu í heild).

3. Hagnaður, sem hlýst af sölu skipa eða loftfara sem notuð eru í flutningum á alþjóðaleiðum, eða lausafjár sem tengt er notkun slíkra skipa eða loftfara, skal einungis skattlagður í því samningsríki þar sem raunveruleg framkvæmdastjórn fyrirtækisins hefur aðsetur.

4. Hagnaður, sem hlýst af sölu annarra eigna en getið er í 1., 2. og 3. mgr., skal einungis skattlagður í því samningsríki þar sem seljandinn er heimilisfastur.

5. Ef maður, sem var heimilisfastur í öðru samningsríkinu, tekur upp heimilisfesti í hinu samningsríkinu er fyrirnefnda ríkinu heimilt að skattleggja, í samræmi við landslög og þrátt fyrir 4. mgr., söluhagnað af hlutabréfum eða réttindum í fyrirtæki, svo fremi að söluhagnaðurinn hafi komið til eigi síðar en við búsetuskiptin, að því tilskildu að hlutabréfin eða réttindin hafi verið seld eða viðkomandi gert ráðstafanir sem leiða til þess að fyrirnefnda ríkið glatar rétti sínum til

skattlagningar. Ef fyrrnefnda ríkið skattleggur söluhagnað af eignum í samræmi við undanfarandi málslið skal hitt ríkið viðurkenna, við útreikning skattskylds söluhagnaðar af eignum, það söluverð sem fyrrnefnda ríkið hefur ákvarðað að skuli vera verð eignanna.

14. gr.
Atvinnutekjur.

1. Með þeim undantekningum sem um ræðir í 15., 17. og 18. gr. skulu laun og annað svipað endurgjald, sem aðili heimilisfastur í samningsríki fær fyrir starf sitt, einungis skattlögð í því ríki, nema starfið sé leyst af hendi í hinu samningsríkinu. Ef starfið er leyst þar af hendi má skattleggja endurgjaldið fyrir það í síðarnefnda ríkinu.
2. Þrátt fyrir ákvæði 1. mgr. skal endurgjald, sem aðili heimilisfastur í samningsríki fær fyrir starf sem hann leysir af hendi í hinu samningsríkinu, einungis skattlagt í fyrrnefnda ríkinu ef:
 - a) viðtakandinn dvelur í hinu ríkinu í eitt eða fleiri skipti, þó ekki lengur en 183 daga samtals á tólf mánaða tímabili sem hefst eða lýkur á viðkomandi skattári; og
 - b) endurgjaldið er greitt af eða fyrir hönd vinnuveitanda sem er ekki heimilisfastur í hinu ríkinu; og
 - c) endurgjaldið er ekki gjaldfært hjá fastri atvinnustöð sem vinnuveitandinn hefur í hinu ríkinu.
3. Þrátt fyrir undanfarandi ákvæði þessarar greinar má skattleggja endurgjald fyrir starf unnið um borð í skipi eða loftfari sem notað er í flutningum á alþjóðaleiðum í því samningsríki þar sem raunveruleg framkvæmdastjórn fyrirtækisins hefur aðsetur.

15. gr.
Stjórnarlaun.

Stjórnarlaun og aðrar svipaðar greiðslur, sem aðili heimilisfastur í samningsríki fær fyrir setu í stjórn félags sem heimilisfast er í hinu samningsríkinu, má skattleggja í síðarnefnda ríkinu.

16. gr.
Listamenn og íþróttamenn.

1. Þrátt fyrir ákvæði 7. og 14. gr. má skattleggja tekjur aðila, sem er heimilisfastur í samningsríki, sem hann aflar í hinu samningsríkinu með störfum sem skemmtikraftur, svo sem leikari í leikhúsi eða kvikmyndum, listamaður í hljóðvarpi eða sjónvarpi, eða tónlistarmaður, eða sem íþróttamaður, í síðarnefnda ríkinu.
2. Ef tekjur af starfi, sem skemmtikraftur eða íþróttamaður leysir af hendi sem slíkur, renna ekki til skemmtikraftsins eða íþróttamannsins sjálfs heldur til annars aðila má, þrátt fyrir ákvæði 7. og 14. gr., skattleggja tekjurnar í því samningsríki þar sem starf skemmtikraftsins eða íþróttamannsins er leyst af hendi.

3. Ákvæði 1. og 2. mgr. eiga ekki við um tekjur af starfi listamanna eða íþróttamanna í samningsríki ef heimsókn til þess ríkis er að öllu eða verulegu leyti kostuð úr opinberum sjóðum hins ríkisins eða sjálfstjórnarhéraðum eða sveitarstjórnunum þess eða af stofnun sem bær stjórnvöld hins ríkisins viðurkenna að sé ekki rekin í hagnaðarskyni. Í því tilviki má aðeins skattleggja tekjurnar í samningsríkinu þar sem viðkomandi er heimilisfastur.

17. gr.
Eftirlaun.

Með þeim undantekningum sem um ræðir í 2. mgr. 18. gr. skulu eftirlaun og annað svipað endurgjald sem greitt er aðila heimilisföstum í samningsríki vegna fyrri starfa hans einungis skattlögð í því ríki.

18. gr.
Opinbert starf.

1. a) Laun og annað svipað endurgjald, að undanskildum eftirlaunum sem greidd eru af samningsríki eða sjálfstjórnarhéraði eða sveitarstjórn eða lögskipuðum aðila þess til manns fyrir störf hans í þjónustu þess ríkis eða sjálfstjórnarhéraðs eða sveitarstjórnar eða aðila, skulu einungis skattlögð í því ríki.
- b) Slík laun og annað svipað endurgjald skulu þó einungis skattlögð í hinu samningsríkinu ef starfið er leyst þar af hendi og maðurinn er heimilisfastur í því ríki og:
 - (i) er ríkisborgari þess ríkis; eða
 - (ii) tók ekki upp heimilisfesti í því ríki einvörðungu í þeim tilgangi að leysa þetta starf af hendi.
2. a) Eftirlaun, sem greidd eru af eða úr sjóðum stofnuðum af samningsríki eða sjálfstjórnarhéraði eða sveitarstjórn eða lögskipuðum aðila þess til manns fyrir störf hans í þjónustu þess ríkis eða sjálfstjórnarhéraðs eða sveitarstjórnar eða aðila þess, skulu einungis skattlögð í því ríki.
- b) Slík eftirlaun skulu þó einungis skattlögð í hinu samningsríkinu ef maðurinn er heimilisfastur þar og er jafnframt ríkisborgari þess ríkis.

3. Ákvæði 14., 15., 16. og 17. gr. skulu gilda um laun og annað svipað endurgjald og um eftirlaun sem greidd eru fyrir störf leyst af hendi í tengslum við atvinnurekstur á vegum samningsríkis eða sjálfstjórnarhéraðs eða sveitarstjórnar eða lögskipaðs aðila þess.

19. gr.
Námsmenn.

Námsmaður eða starfsnemi, sem er eða var síðast fyrir komu sína til samningsríkis heimilisfastur í hinu samningsríkinu og dvelur í fyrrnefnda ríkinu einungis vegna náms síns eða þjálfunar, skal undanþeginn skattlagningu í því ríki á greiðslur sem hann fær til að standa straum af kostnaði við framfærslu sína, nám eða þjálfun, enda komi slíkar greiðslur frá aðilum utan þess ríkis.

20. gr.
Aðrar tekjur.

1. Tekjur, sem aðili heimilisfastur í samningsríki aflar og ekki er fjallað um í fyrri greinum þessa samnings, skulu einungis skattlagðar í því ríki og skiptir ekki máli hvar þeirra er aflað.
2. Ákvæði 1. mgr. skulu ekki gilda um tekjur, að undanskildum tekjum af fasteign eins og hún er skilgreind í 2. mgr. 6. gr., ef viðtakandi teknanna er heimilisfastur í samningsríki og hefur með höndum starfsemi í hinu samningsríkinu frá fastri atvinnustöð sem þar er staðsett og réttindin eða eignin, sem gefur af sér tekjurnar, er raunverulega bundin við slíka fasta atvinnustöð. Í því tilviki skulu ákvæði 7. gr. gilda.

21. gr.
Eignir.

1. Eign, sem fólgin er í fasteign, sem getið er í 6. gr., sem er í eigu aðila sem er heimilisfastur í samningsríki og staðsett er í hinu samningsríkinu, má skattleggja í síðarnefnda ríkinu.
2. Eign, sem er fólgin í lausafé sem er hluti atvinnurekstrareignar fastrar atvinnustöðvar, sem fyrirtæki í samningsríki hefur í hinu samningsríkinu, má skattleggja í síðarnefnda ríkinu.
3. Eign sem fólgin er í skipum eða loftförum sem notuð eru í flutningum á alþjóðaleiðum, svo og í lausafé sem tengt er rekstri slíkra skipa og loftfara, skal einungis skattlögð í því samningsríki þar sem raunveruleg framkvæmdastjórn fyrirtækisins hefur aðsetur.
4. Allar aðrar eignir aðila sem er heimilisfastur í samningsríki skulu einungis skattlagðar í því ríki.

22. gr.
Aðferðir til að komast hjá tvísköttun.

1. Í tilviki Íslands skal komast hjá tvísköttun á eftirfarandi hátt:
 - a) Þegar aðili heimilisfastur á Íslandi hefur tekjur eða á eignir sem samkvæmt ákvæðum þessa samnings má skattleggja í Austurríki skal Ísland leyfa:
 - (i) að fjárhæð, sem svarar til þess tekjuskatts sem greiddur hefur verið í Austurríki, sé dregin frá tekjuskatti þessa heimilisfasta aðila;
 - (ii) að fjárhæð, sem svarar til þess eignarskatts sem greiddur hefur verið í Austurríki, sé dregin frá eignarskatti þessa heimilisfasta aðila.Slíkur frádráttur skal þó í hvorugu tilvikinu vera hærri en sá hluti tekjuskattsins eða eignarskattsins, reiknaður fyrir slíkan frádrátt, sem lagður er á þær tekjur eða þær eignir, eftir því sem við á, sem skattleggja má í Austurríki.

- b) Ef aðili heimilisfastur á Íslandi hefur tekjur eða á eignir, sem eru undanþegnar skattlagningu í því ríki samkvæmt ákvæðum samningsins, er Íslandi þó heimilt við ákvörðun skatta á aðrar tekjur eða eignir þessa heimilisfasta aðila að taka tillit til þeirra tekna eða eigna sem undanþegnar eru skattlagningu.

2. Í tilviki aðila sem er heimilisfastur í Austurríki skal komast hjá tvísköttun á eftirfarandi hátt:

- a) Ef aðili heimilisfastur í Austurríki hefur tekjur eða á fjármagn sem heimilt er að skattleggja á Íslandi í samræmi við ákvæði þessa samnings skal Austurríki undanþiggja slíkar tekjur eða fjármagn skattlagningu með fyrirvara um ákvæði b- og c-liða.
- b) Ef aðili heimilisfastur í Austurríki hefur tekjur, sem má skattleggja á Íslandi samkvæmt ákvæðum 10. og 12. gr., skal Austurríki heimila að fjárhæð þess tekjuskatts sem greiddur hefur verið á Íslandi sé dreginn frá tekjuskatti þess aðila. Slíkur frádráttur skal þó aldrei vera hærri en sá hluti tekjuskattsins, reiknaður fyrir frádráttinn, sem lagður er á þær tekjur sem fengnar eru á Íslandi.
- c) Þegar aðili heimilisfastur í Austurríki hefur tekjur eða á eignir, sem eru undanþegnar skattlagningu í því landi samkvæmt ákvæðum samningsins, er Austurríki þó heimilt við ákvörðun skatta á aðrar tekjur eða eignir þessa heimilisfasta aðila að taka tillit til þeirra tekna eða eigna sem undanþegnar eru skattlagningu.
- d) Ákvæði a-liðar gilda ekki um tekjur eða eignir aðila, sem er heimilisfastur í Austurríki, ef Ísland beitir ákvæðum þessa samnings í því skyni að undanþiggja slíkar tekjur eða eignir skattlagningu eða beitir ákvæðum 2. mgr. 10. eða 12. gr. um slíkar tekjur.

23. gr.

Bann við mismunun.

1. Ríkisborgarar samningsríkis skulu ekki sæta annarri eða þyngri skattlagningu eða kröfum í því sambandi í hinu samningsríkinu en ríkisborgarar þess ríkis sæta eða unnt er að láta þá sæta við sömu aðstæður, einkum að því er varðar heimilisfesti. Þrátt fyrir ákvæði 1. gr. gildir þetta ákvæði einnig um aðila sem eru hvorki heimilisfastir í öðru né báðum samningsríkjunum.

2. Ríkisfangslausir aðilar heimilisfastir í samningsríki skulu í hvorugu samningsríkinu sæta annarri eða þyngri skattlagningu eða kröfum í því sambandi en ríkisborgarar viðkomandi ríkis sæta eða unnt er að láta þá sæta við sömu aðstæður, einkum að því er varðar heimilisfesti.

3. Skattlagning fastrar atvinnustöðvar, sem fyrirtæki í samningsríki hefur í hinu samningsríkinu, skal ekki vera óhagstæðari í síðarnefnda ríkinu en skattlagning á fyrirtæki í því ríki sem hafa sams konar starfsemi með höndum. Þetta ákvæði skal ekki skýra þannig að það skyldi samningsríki til að veita aðilum heimilisföstum í hinu samningsríkinu nokkurn þann persónufrádrátt, ívilnanir og skattalækkanir vegna hjúskaparstöðu eða fjölskylduframfærslu sem það veitir þeim aðilum sem þar eru heimilisfastir.

4. Vextir, þóknanir og aðrar greiðslur, sem fyrirtæki í samningsríki greiðir til aðila heimilisfasts í hinu samningsríkinu, skulu vera frádráttarbærar við ákvörðun skattskylds hagnaðar fyrirtækisins með sömu skilyrðum og hefðu þær verið greiddar aðila sem er heimilisfastur í fyrrnefnda ríkinu nema ákvæði 1. mgr. 9. gr., 4. mgr. 11. gr. eða 6. mgr. 12. gr. eigi við. Á sama hátt skulu hvers konar skuldir fyrirtækis í samningsríki við aðila heimilisfastan í hinu samningsríkinu vera frádráttarbærar við ákvörðun skattskyldra eigna fyrirtækisins með sömu skilyrðum og ef til þeirra hefði verið stofnað við aðila heimilisfastan í fyrrnefnda ríkinu.

5. Þótt fjármagn fyrirtækja í samningsríki sé að öllu eða nokkru leyti, beint eða óbeint, í eigu eða undir stjórn eins eða fleiri aðila sem eru heimilisfastir í hinu samningsríkinu skulu þau ekki sæta annarri eða þyngri skattlagningu eða öðrum kröfum í því sambandi í fyrrnefnda ríkinu en fyrirtæki svipaðrar tegundar sem heimilisföst eru í fyrrnefnda ríkinu sæta eða unnt er að láta þau sæta.

6. Þrátt fyrir ákvæði 2. gr. skulu ákvæði þessarar greinar gilda um hvers konar skatta, hverju nafni sem þeir nefnast.

24. gr.

Framkvæmd gagnkvæms samkomulags.

1. Ef aðili telur að ráðstafanir sem gerðar eru af öðru hvoru eða báðum samningsríkjunum leiði eða muni leiða til skattlagningar að því er hann varðar, sem ekki er í samræmi við ákvæði þessa samnings, getur hann, án þess að það raski rétti hans til að færa sér í nyt þau réttarúrræði sem lög þessara ríkja kveða á um, lagt málið fyrir bært stjórnvald í því samningsríki þar sem hann er heimilisfastur eða, falli mál hans undir 1. mgr. 23. gr., í því samningsríki þar sem hann á ríkisfang. Mál verður að leggja fyrir innan þriggja ára frá því að fyrsta tilkynningin berst um aðgerðir sem leiða til skattlagningar sem ekki er í samræmi við ákvæði samningsins.

2. Ef bært stjórnvald telur að mótmælin séu á rökum reist en getur þó ekki sjálft leyst málið á viðunandi hátt skal það leitast við að leysa málið með gagnkvæmu samkomulagi við bært stjórnvald í hinu samningsríkinu í því skyni að komast hjá skattlagningu sem ekki er í samræmi við ákvæði samningsins. Slíkt samkomulag skal koma til framkvæmda óháð öllum tímatakmörkunum sem í gildi eru samkvæmt lögum samningsríkjanna.

3. Bær stjórnvöld í samningsríkjunum skulu, með gagnkvæmu samkomulagi, leitast við að leysa sérhvern vanda eða vafaatriði varðandi túlkun eða beitingu samningsins. Þau geta einnig haft samráð í því skyni að komast hjá tvísköttun í tilvikum sem ekki er fjallað um í samningnum.

4. Bær stjórnvöld í samningsríkjunum geta haft beint samband sín á milli, þar á meðal í sameiginlegri nefnd sem skipuð er þeim eða fulltrúum þeirra, til þess að komast að samkomulagi í samræmi við undanfarandi málsgreinar.

25. gr.
Skipti á upplýsingum.

1. Bær stjórnvöld í samningsríkjunum skulu skiptast á þeim upplýsingum sem séð verður að skipti máli fyrir framkvæmd ákvæða þessa samnings eða framkvæmd eða fullnustu laga samningsríkjanna eða sjálfstjórnarhéraða eða eða sveitarstjórna þeirra varðandi skatta, hverju nafni sem þeir nefnast, sem þau leggja á, að því leyti sem viðkomandi skattlagning fer ekki í bága við ákvæði samningsins. Skipti á upplýsingum takmarkast ekki af 1. og 2. gr.

2. Með allar upplýsingar, sem móttæknar eru skv. 1. mgr. af samningsríki, skal fara sem trúnaðarmál á sama hátt og farið er með upplýsingar sem aflað er samkvæmt lögum þess ríkis og skulu þær eingöngu afhentar aðilum eða stjórnvöldum (þar með töldum dómstólum og stjórnsýsluaðilum) sem hafa með höndum álagningu eða innheimtu á þeim sköttum sem um getur í 1. mgr. eða fullnustu eða ákærvald varðandi þá skatta eða úrskurði um kærur vegna þeirra skatta eða eftirlit með framangreindu. Þessir aðilar eða stjórnvöld skulu einungis nota upplýsingarnar í greindum tilgangi. Þeim er heimilt að gera slíkar upplýsingar opinberar við málarekstur fyrir dómstólum eða í dómsniðurstöðum. Þrátt fyrir framangreint, má nota upplýsingar sem móttæknar eru af samningsríki í öðrum tilgangi ef nota má slíkar upplýsingar í slíkum tilgangi samkvæmt lögum beggja samningsríkjanna og bært stjórnvald þess ríkis sem leggur til upplýsingarnar heimilar slíka notkun.

3. Ákvæði 1. og 2. mgr. skal í engu tilviki skýra þannig að þau leggi þá skyldu á samningsríki:

- a) að framkvæma stjórnsýsluráðstafanir sem víkja frá lögum og stjórnsýsluvenjum þess eða hins samningsríkisins;
- b) að veita upplýsingar sem ekki er unnt að afla samkvæmt lögum eða eðlilegum stjórnsýsluvenjum þess eða hins samningsríkisins;
- c) að veita upplýsingar sem myndu ljósra upp leyndarmálum eða framleiðsluaðferðum á sviði viðskipta, atvinnumála, iðnaðar, verslunar eða sérfræðiþekkingar eða veita upplýsingar, sem myndu stríða gegn almannareglu (ordre public) eða grundvallarréttindum sem ríki veitir, einkum á sviði gagnaverndar, ef þær væru gerðar opinberar.

4. Ef samningsríki fer fram á upplýsingar í samræmi við þessa grein skal hitt samningsríkið nota þær aðferðir sem það hefur yfir að ráða til að afla þeirra upplýsinga sem óskað er eftir jafnvel þótt síðarnefnda ríkið þurfi ekki á þeim að halda vegna eigin skattamála. Sú skuldbinding sem felst í fyrri málslíð er háð takmörkunum 3. mgr. en í engu tilviki skulu þær takmarkanir notaðar til að heimila samningsríki að synja um veitingu upplýsinga af þeirri ástæðu einni að það sjálft hafi enga þörf fyrir þær.

5. Í engu tilviki skal túlka ákvæði 3. mgr. þannig að þau heimili samningsríki að synja um veitingu upplýsinga samkvæmt beiðni af þeirri ástæðu einni að þær séu í vörslu banka, annarrar fjármálastofnunar, tilnefnds aðila eða aðila sem kemur fram sem umboðsaðili eða annast fjármunavörslu, eða þær tengjast hagsmunum eiganda aðila.

26. gr.

Aðstoð við innheimtu skatta.

1. Samningsríkin skulu aðstoða hvort annað við innheimtu skattkrafna. Aðstoðin takmarkast ekki af 1. gr. Bær stjórnvöld í samningsríkjunum skulu setja, með gagnkvæmu samkomulagi, ítarlegri reglur um beitingu þessarar greinar.
2. Hugtakið „skattkrafa“, eins og það er notað í þessari grein, merkir þá skuldafjárhæð skatta, sem falla undir samning þennan, sem samningsríki eða sjálfstjórnarhéruð eða sveitarstjórnir þeirra leggja á, svo fremi að þessi skattheimta sé ekki andstæð þessum samningi eða öðrum gerningi sem samningsríkin eiga aðild að, svo og vexti, stjórnsýslusektir og annan kostnað vegna innheimtu fjárhæðarinnar eða til viðhalds kröfunni.
3. Þegar skattkrafa samningsríkis er gjaldfallin og aðfararhæf samkvæmt lögum þess ríkis skal skattkrafan samþykkt, að beiðni bærs stjórnvalds í því ríki, til þess að bært stjórnvald í hinu samningsríkinu geti innheimt hana. Síðarnefnda ríkið skal innheimta skattkröfuna í samræmi við ákvæði landslaga sem gilda um aðfararhæfi og innheimtu innlendra skatta, eins og um væri að ræða eigin skattkröfu.
4. Þegar samningsríki er heimilt samkvæmt landslögum að gera ráðstafanir til að viðhalda skattkröfu sinni með það að markmiði að innheimta hana skal skattkrafan samþykkt, að beiðni bærs stjórnvalds í því ríki, til þess að bært stjórnvald í hinu samningsríkinu geti gert ráðstafanir til að viðhalda henni. Síðarnefnda ríkið skal gera ráðstafanir til að viðhalda skattkröfunni í samræmi við ákvæði landslaga eins og það sjálfst ætti skattkröfuna, jafnvel þótt hún sé ekki gjaldfallin eða aðfararhæf í fyrrnefnda ríkinu.
5. Þrátt fyrir ákvæði 3. og 4. mgr. skal skattkrafa, sem samningsríki samþykkir samkvæmt 3. eða 4. mgr., í því ríki ekki háð tímamörkum eða njóta forgangs sem gildir um skattkröfu sem lög þess ríkis ná til vegna þess hvers eðlis hún er. Auk þess skal skattkrafa, sem samningsríki samþykkir samkvæmt 3. eða 4. mgr., ekki njóta forgangs sem gildir um þá skattkröfu samkvæmt lögum hins samningsríkisins.
6. Bær stjórnvöld geta samþykkt að veita ekki aðstoð í málum þar sem skattkröfur hafa stofnast í því ríki sem óskar aðstoðar með þeim hætti sem væri andstæður almennri viðurkenndri málsmeðferð. Þetta álitamál getur leitt til gerðar gagnkvæms samkomulags milli bærra stjórnvalds sem málið varðar.
7. Málsmeðferð með hliðsjón af tilvist, gildi eða fjárhæð skattkröfu samningsríkis skal ekki fara fram fyrir dómstólum eða stjórnsýslustofnunum í hinu ríkinu. Þessa grein skal ekki skýra þannig að hún skapi eða veiti rétt til slíkrar málsmeðferðar fyrir dómstólum eða stjórnsýslustofnunum hins samningsríkisins.
8. Ef viðkomandi skattkrafa, hvenær sem er eftir að beiðni hefur borist frá samningsríki samkvæmt 3. eða 4. mgr. og áður en hitt samningsríkið hefur innheimt og sent viðkomandi skattkröfu til fyrrnefnda ríkisins, hættir að vera
 - a) skattkrafa fyrrnefnda ríkisins sem er gjaldfallin og aðfararhæf samkvæmt lögum þess ríkis ef um er að ræða beiðni samkvæmt 3. mgr; eða

- b) skattkrafa fyrrnefnda ríkisins sem því ríki er heimilt að gera ráðstafanir til viðhalds á samkvæmt eigin lögum í því skyni að tryggja innheimtu hennar, ef um er að ræða beiðni samkvæmt 4. mgr.,

skal bært stjórnvald í fyrrnefnda ríkinu þegar í stað tilkynna bæru stjórnvaldi í hinu ríkinu um það og skal fyrrnefnda ríkið fresta eða fella niður beiðni sína fari síðarnefnda ríkið fram á það.

9. Ákvæði þessarar greinar skal í engu tilviki skýra þannig að þau leggi þá skyldu á samningsríki:

- a) að gera stjórnarsýsluráðstafanir sem víkja frá lögum og stjórnarsýsluvenjum þess eða hins samningsríkisins;
- b) að gera ráðstafanir sem myndu stríða gegn almannareglu (ordre public);
- c) að veita aðstoð ef hitt samningsríkið hefur ekki gert allar eðlilegar ráðstafanir til að innheimta eða viðhalda kröfunni, sem eftir atvikum, eru heimilaðar samkvæmt lögum þess eða stjórnarsýsluvenju;
- d) að veita aðstoð í þeim tilvikum þegar stjórnarsýsluálag á það ríki er greinilega ekki í samræmi við þann ávinning sem hitt samningsríkið getur vænst.

27. gr.

Sendiráðsmenn og starfsmenn ræðisskrifstofa.

Ekkert í samningi þessum skal hafa áhrif á skattaívilnanir sem sendiráðsmenn eða starfsmenn ræðisskrifstofa njóta samkvæmt almennum þjóðréttarreglum eða ákvæðum sérstakra samninga.

28. gr.

Gildistaka.

1. Samningsríkin skulu tilkynna hvort öðru um það þegar stjórnskipulegum skilyrðum fyrir gildistöku þessa samnings hefur verið fullnægt.

2. Samningurinn öðlast gildi á fyrsta degi þriðja mánaðar eftir dagsetningu síðari tilkynningarinnar og ákvæði hans koma til framkvæmda í báðum samningsríkjum:

- a) að því er varðar staðgreiðslu- eða afdráttarskatta, vegna tekna sem er aflað 1. janúar eða síðar á því almanaksári sem fylgir næst á eftir því ári þegar síðari tilkynningin er afhent;
- b) að því er varðar aðra skatta á tekjur og eignarskatta, vegna skatta sem leggja má á vegna skattárs sem byrjar 1. janúar eða síðar á því almanaksári sem fylgir næst á eftir því ári þegar síðari tilkynningin er afhent.

29. gr.
Uppsögn.

Samningur þessi skal gilda þar til honum er sagt upp af samningsríki. Hvort samningsríkjanna um sig getur sagt upp samningnum, eftir diplómátskum leiðum, með skriflegri tilkynningu um uppsögn eigi síðar en 30. júní á almanaksári eftir að fimm ár eru liðin frá gildistöku samningsins. Gildir samningurinn þá ekki lengur um skatta vegna sérhvers skattárs sem hefst eftir 31. desember á því almanaksári þegar tilkynning um uppsögn er afhent.

ÞESSU TIL STAÐFESTU hafa undirritaðir, sem til þess hafa fullt umboð, undirritað samning þennan.

Gjört í tvíriti í Vín hinn 30. júní 2016 á þýsku, íslensku og ensku og eru allir textarnir jafngildir. Ef ágreiningur rís um túlkun skal enski textinn ráða.

Fyrir hönd lýðveldisins Austurríkis:

Michael Linhart m.p.

Fyrir hönd Íslands:

Auðunn Atlason m.p.

BÓKUN.

Við undirritun samnings til að komast hjá tvísköttun og koma í veg fyrir undanskot frá skattlagningu á tekjur og eignir, sem lýðveldið Austurríki og Ísland gera með sér á þessum degi, hafa undirritaðir orðið ásáttir um að eftirfarandi ákvæði skuli vera óaðskiljanlegur hluti samningsins.

1. Að því er varðar 3. mgr. 16. gr.

Litið er svo á að 3. mgr. varði einnig lögaðila, sem reka hljómsveitir, leikhús eða balletthópa, auk aðila að slíkum menningarstofnunum ef þeir lögaðilar teljast í meginatriðum vera stofnanir sem ekki eru reknar í hagnaðarskygni og það er vottað af bæru stjórnvaldi í því ríki þar sem þeir hafa heimilisfesti.

2. Að því er varðar 25. gr.

- (1) Bært stjórnvald samningsríkis sem leggur fram beiðni skal veita bæru stjórnvaldi samningsríkisins, sem beiðni er beint til, eftirfarandi upplýsingar þegar það óskar eftir upplýsingum samkvæmt samningi þessum til þess að unnt sé að sýna fram á að upplýsingarnar, sem óskað er eftir, varði beiðnina:
 - a) deili á þeim aðila sem er til skoðunar eða rannsóknar;
 - b) yfirlýsingu um eðli þeirra upplýsinga sem beiðð er um og á hvaða formi samningsaðili sem leggur fram beiðni óskar eftir að móttaka upplýsingarnar frá samningsaðilanum sem beiðni er beint til;
 - c) í hvaða skattalegum tilgangi upplýsinganna er aflað;
 - d) ástæður þess að talið er að samningsríkið, sem beiðni er beint til, búi yfir þeim upplýsingum sem beiðð er um eða að aðili innan lögsögu samningsríkisins, sem beiðni er beint til, hafi þær undir höndum eða geti aflað þeirra;
 - e) nafn og heimilisfang sérhvers aðila sem talið er að búi yfir þeim upplýsingum sem beiðð er um, ef þau eru þekkt;
 - f) yfirlýsingu þess efnis að beiðnin sé í samræmi við lög og stjórnsýsluvenjur samningsríkisins sem leggur fram beiðni, að ef umbeðnar upplýsingar eru innan lögsögu samningsríkisins sem leggur fram beiðni geti bært stjórnvald samningsríkisins sem leggur fram beiðni aflað þeirra samkvæmt lögum samningsríkisins sem leggur fram beiðni eða með eðlilegri stjórnsýsluframkvæmd og að hún sé í samræmi við samning þennan;
 - g) yfirlýsingu þess efnis að samningsaðili sem leggur fram beiðni, hafi neytt allra tiltækra ráða á eigin yferráðasvæði til þess að afla upplýsinganna, nema það hefði í för með sér óhóflega erfiðleika.
- (2) Litið er svo á að skipti á upplýsingum samkvæmt ákvæðum 25. gr. feli ekki í sér ráðstafanir sem teljast veiðileiðangrar “e. fishing expeditions”.
- (3) Litið er svo á að 5. mgr. 25. gr. skyldi ekki samningsríkin til að skiptast á upplýsingum án beiðni eða með reglubundnum hætti.

- (4) Litið er svo á að til viðbótar við ofangreindar meginreglur skulu við túlkun 25. gr. gilda þær meginreglur sem settar eru fram í athugasemdum Efnahags- og framfarastofnunarinnar (OECD).

3. Túlkun samningsins.

Litið er svo á að ákvæði samningsins, sem eru samin samkvæmt samsvarandi ákvæðum í skattasamningsfyrirmynd Efnahags- og framfarastofnunarinnar (OECD) um tekjur og eignir hafi yfirleitt sömu merkingu og fram kemur í skýringum Efnahags- og framfarastofnunarinnar með fyrirmyndinni. Sá skilningur sem fram kemur í málsliðnum hér á undan á ekki við um eftirfarandi:

- a) fyrirvara eða athugasemdir annars hvors samningsríkisins við fyrirmynd Efnahags- og framfarastofnunarinnar eða skýringarnar með henni;
- b) andstæðar túlkanir í þessari bókun;
- c) andstæðar túlkanir í útskýringu annars hvors samningsríkisins sem hefur verið birt og látin bæru stjórnvaldi hins samningsríkisins í té fyrir gildistöku samningsins;
- d) andstæða túlkun sem bær stjórnvöld hafa komið sér saman um eftir gildistöku samningsins.

Athugasemdir Efnahags- og framfarastofnunarinnar, eins og þær kunna að verða endurskoðaðar á hverjum tíma, teljast túlkunaraðferð í skilningi Vínarsamningsins frá 23. maí 1969 um alþjóðasamningarétt.

ÞESSU TIL STAÐFESTU hafa undirritaðir, sem til þess hafa fullt umboð, undirritað bókun þessa.

Gjört í tvíriti í Vín hinn 30. júní 2016 á þýsku, íslensku og ensku og eru allir textarnir jafngildir. Ef ágreiningur rís um túlkun skal enski textinn ráða.

Fyrir hönd Lýðveldisins Austurríkis:

Michael Linhart m.p.

Fyrir hönd Íslands:

Auðunn Atlason m.p.